

Beschluss
der
Vollversammlung
des
Diözesanrates der Katholiken im Bistum Hildesheim
am
6.11.2010 in Goslar

Die Vollversammlung hat die nachstehende Erklärung beschlossen:

Der Diözesanrat der Katholiken im Bistum Hildesheim begrüßt die Stellungnahme „Kirche, Kernenergie, Klimawandel“, die das Forschungsinstitut für Philosophie im Auftrag des Bistums Hildesheim vorgelegt hat. Es ist die erste umfassende ethische wie politische Auseinandersetzung einer Diözese mit der zentralen Zukunftsfrage, ob die weitere Nutzung der Atomenergie verantwortbar ist.

Für die Katholiken im Bistum Hildesheim ist diese Frage von besonderer Bedeutung. Mit Asse II bei Wolfenbüttel, dem Schacht Konrad in Salzgitter sowie dem Salzstock bei Gorleben liegen drei Atommülllager in direkter Nachbarschaft zu Pfarreien unseres Bistums. Das Atommülllager in Morsleben liegt nur wenige Kilometer von der Landesgrenze und vom Bistum Hildesheim entfernt.

Gerade das Atommülllager Asse II ist eine Altlast noch unbekanntem Ausmaßes und steht wie kein anderes für den verantwortungslosen Umgang mit nuklearem Abfall. Genau darauf macht die Schrift des Forschungsinstitutes aufmerksam: Das Problem der Endlagerung ist weder theoretisch noch praktisch gelöst - vor allem der Umgang mit hochradioaktivem Material. Die Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken durch Beschluss des Deutschen Bundestages mit den Stimmen der Regierungsfractionen wird dieses Problem noch verschärfen.

Der Diözesanrat spricht sich dafür aus, dass neben dem für hochradioaktiven Abfall vorgesehenen Endlager in Gorleben noch andere Standorte ernsthaft erkundet werden. Die Vorfestlegung auf Gorleben ist rein politischer Natur. Sie ist weder fachlich fundiert noch gesellschaftlich akzeptiert. Ein möglicher Weiterbau der Anlage in Gorleben darf nur mit umfassender Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger wie mit einer atomrechtlich vorgeschriebenen Umweltverträglichkeitsprüfung einschließlich der Suche nach Alternativen erfolgen.

Vor dem Hintergrund des Castor-Transportes an diesem Wochenende erklärt der Diözesanrat seine Solidarität mit den Menschen im Wendland. Jeder Transport von nuklearem Abfall bedeutet den Ausnahmezustand für die Region. Der Diözesanrat spricht sich eindeutig gegen jedwede Form von Gewalt aus, sowohl auf Seiten der Demonstranten wie der Polizei. Ausdrücklich gewürdigt wird das vielfältige Engagement der christlichen Kirchen während der Proteste als ein wichtiger Beitrag zur Vermeidung von Gewalt.

Insgesamt ist der Diözesanrat mit dem Forschungsinstitut der Meinung, dass die weitere Nutzung der Kernenergie nicht zu verantworten ist. Sie verursacht - vom Abbau des Urans angefangen bis zur ungeklärten Endlagerung des Abfalls - mehr Schaden und Risiken als Nutzen. Zudem behindert sie eine umfassende Wende zu natürlichen Energien. Damit stellt die Kernenergie auch keine Lösung des globalen Klimaproblems dar. Der Diözesanrat spricht sich für eine Rückkehr zum geordneten Ausstieg aus der Atomenergie aus, wie er im sogenannten „Atomkonsens“ im Juni 2000 von der damaligen Bundesregierung und den führenden Energieversorgungsunternehmen gefunden worden ist. Demnach beträgt die Gesamtlaufzeit eines Meilers von der Inbetriebnahme bis zur Abschaltung 32 Jahre. Ein Ausstieg wäre rechnerisch bis zum Jahr 2022 möglich.

Der Diözesanrat ist sich bewusst, dass eine umfassende Energiewende eine Veränderung des Lebensstils der führenden Industrieländer wie Deutschland voraussetzt. Darum ist es nötig, Zeichen eines Willens zu dieser Veränderung zu setzen. Pfarrgemeinden tun dies durch energiesparende Maßnahmen an und in Gebäu-

den sowie den Einsatz erneuerbarer Energien. Bistümer wie die Diözesen Hildesheim und Osnabrück schließen Rahmenverträge über den Bezug von Naturstrom. Mit solchen Initiativen kann Klimaschutz aktiv angegangen, die Verringerung des Ausstoßes von Kohlendioxid konkret angepackt und glaubwürdig dazu beitragen werden, die Schöpfung zu erhalten. Wie bei allen Technologien zur Gewinnung von Energie muss auch bei den erneuerbaren Energien eine umfassende Folgenabschätzung erfolgen. Das betrifft beispielsweise die Eingriffe in das Ökosystem und die Herstellung, den Betrieb wie die Entsorgung der Anlagen.

Goslar, den 6.11.2010
Elisabeth Eicke, Vorsitzende